

Zürich

Von Hans-Peter Bieri

Gegenprogramm der SVP zum Sparen

Weniger Stellen und Steuern bringen die Staatsfinanzen wieder ins Lot, meint die SVP.

Zürich. - Der Regierungsrat will den Kantonshaushalt mit Sparschnitten und Steuererhöhungen sanieren, die SVP präsentierte gestern «Vorschläge zur Gesundung der Staatsfinanzen» als Gegenprogramm. Werner Bosshard, Finanzkommissionspräsident des Kantonsrats, wandte sich gegen die geplante Lohnkürzung um 3 Prozent für die Staatsangestellten. Die Lohnsumme von 3,7 Milliarden Franken lasse sich auch ohne Demotivation des Personals senken. Allein die als Kompensation angebotenen vier zusätzlichen Freitage entsprächen 220 Vollzeitstellen oder 0,6 Prozent des Personalaufwands. Um weitere 5 Prozent könnten die Lohnsumme und der Beschäftigungsumfang gesenkt werden, wenn für den Rest des Jahres konsequent ein Anstellungsstopp verfügt werde; so viel bringe allein die Fluktuationsrate beim Staatspersonal. Und einen zusätzlichen Abbau von 3 Prozent könne man im Finanzplan (KEF) 2006-09 vorgeben. «Das wäre der Weg zu einem unspektakulären Ausgleich der Laufenden Rechnung ohne die Begleitmusik von Sanierungsprogrammen», meinte Bosshard.

Fraktionschef Alfred Heer zeigte sich zuversichtlich, dass es der SVP gelingt, Ende Jahr den Steuerfuss weiter zu senken und eine neue Steuergesetzrevision durchzusetzen. Die Vorwürfe, die SVP sei an der miserablen Finanzlage des Kantons schuld, seien falsch: «Moderate Steuersenkungen führen längerfristig nicht zu weniger, sondern zu mehr Steuereinnahmen», sagte er. Die SVP sei überzeugt, dass der Kanton heute noch weniger Geld hätte, wenn die SVP und die Stimmbürger nicht eine vernünftige Steuerpolitik betrieben hätten: «Kantone mit hohen Steuerfüssen haben in der Regel hohe Defizite, Kantone mit einer tiefen Steuerbelastung haben tiefe oder keine Defizite.»

Parteipräsident Peter Good bekräftigte das Argument. US-Präsident Ronald Reagan, der die Unternehmenssteuer halbiert habe, der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, der die Steuer ebenfalls senke, die Kantone Schwyz und Zug hätten bewiesen, dass es jenen Gemeinwesen am besten gehe, die tiefe Steuern hätten.

Kantonsrat Claudio Schmid schliesslich legte dar, weshalb die SVP den Kredit für Integrationskurse bekämpft, der voraussichtlich im September zur Abstimmung kommt. Integration sei in erster Linie Sache der Zugezogenen, sagte er.

Datum: 20050420

341795, TAG , 20.04.05; Words: 329, NO: OI2005042002531